

Auswertung der Wahlprüfsteine Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg

Wie stehen die im neuen Landtag vertretenen Parteien Grüne, CDU, SPD, FDP und AfD zu den Anliegen der Bibliotheken?

Sechs Fragen haben die Parteien vom baden-württembergischen Bibliotheksverband im Vorfeld der Wahl erhalten. Alle angeschriebenen Parteien haben geantwortet, wobei die SPD ihre Antwort erst nach der Wahl in Form einer langen Email sendete.

Die teilweise sehr ausführlichen Antworten sind in vorliegender Tabelle zusammengefasst. Die originalen Stellungnahmen können auf der Homepage des dbv Landesverbandes in der Rubrik „[Aktivitäten](#)“ eingesehen werden ebenso wie die ausführlichen sechs Wahlprüfsteine, die Ende Januar formuliert wurden.

Wahlprüfstein 1: Gestaltung einer zukunftsfähigen Bibliothekslandschaft im digitalen Zeitalter

Fragen:

- Inwieweit wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass bestehende Förderprogramme z.B. der Digitalisierung oder der Förderung des ländlichen Raums geöffnet werden oder Bibliotheken in Digitalisierungsstrategien des Landes einbezogen werden?
- Inwieweit wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass eigene bibliotheksspezifische Förderprogramme zur Herstellung einer qualitativ hochwertigen Bibliotheksversorgung geschaffen und dauerhaft etabliert werden?
- Wie will Ihre Partei insgesamt die Rahmenbedingungen für öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken verbessern?

Grüne	CDU	SPD*	FDP	AfD
<p>Bibliotheken sind Wegbereiterinnen der Bildungsgerechtigkeit und Vorreiterinnen der Digitalisierung. Allgemeine Zusage der weiterhin umfassenden Unterstützung.</p> <p>Zu Teilfrage a: Hinweis auf bereits erfolgte Digitalisierungsmaßnahmen für die Bibliotheken (Stiftung Kulturgut, Dokumentenerbe digital, BW-BigDIWA). Prüfung der Öffnung der Programme bei erneuter Ausschreibung zugesagt.</p> <p>Zu Teilfrage b und c: Hinweis auf kommunalen Finanzausgleich und Aufzählung der bereits vorhandenen Leistungen für öffentliche Bibliotheken (insgesamt 8 Punkte).</p>	<p>Bibliotheken gehören selbstverständlich zur Digitalisierungsstrategie.</p> <p>Zu Teilfragen b und c: Gute und hochwertige Bibliotheksversorgung als wichtiges Anliegen für die CDU. Unterstützung der kommunalen Bibliotheken erfolgt kommunalen Finanzausgleich. Über die Fachstellen wird die Entwicklung der öffentl. Bibliotheken gefördert. CDU verspricht Einsatz für eine angemessene Ausstattung der Fachstellen, damit diese ein Beratungs- und Unterstützungsangebot in hoher Qualität gewährleisten können.</p> <p>Wissenschaftliche Bibliotheken werden im Rahmen der allgemeinen Hochschulfinanzierung</p>	<p>Digitalisierung hat eine strategische Bedeutung für die Bibliotheken. Ausreichende Internetanbindung als Teil der Daseinsvorsorge. Deswegen müssen die Kommunen beim Aufbau eigener Netze unterstützt werden: Ausbau des Glasfasernetzes und Einsatz alternativer Techniken wie z.B. Richtfunk. Funklöcher und weiße Flecken (< 30 MBit/s) besonders im ländlichen Raum müssen beseitigt werden. Aufbau einer landeseigenen Infrastrukturgesellschaft.</p>	<p>Zusage der Prüfung, inwieweit landesweite Förderprogramme für die Digitalisierung und den ländlichen Raum auch bibliotheksspezifische Belange berücksichtigen können.</p> <p>Anerkennung der herausragenden Bedeutung von Bibliotheken im Bereich von Bildung und Kultur und Einsetzen dafür bei Kommunen und beim Land. Tritt für verbesserte Rahmenbedingungen im Hinblick auf Öffnungszeiten bzw. Sonntagsöffnung der öffentlichen Bibliotheken ein.</p>	<p>Zusage der Unterstützung der Bibliotheken auf dem Weg in das digitale Zeitalter. Kommunen und universitäre Institutionen sollen auskömmlich mit Finanzmitteln ausgestattet werden. Damit sollen die „seit langem notwendigen Modernisierungsprojekte durchgeführt werden können“.</p>

Ausblick auf das gemeinsame Strategiepapier, „um die öffentliche Bibliothekslandschaft weiterzuentwickeln“.	unterstützt, zusätzlich sind für spezifische Bedarfe der Hochschulen 80 Mio. € jährlich vorgesehen, wovon auch die Bibliotheken profitieren. Diese Mittel werden stufenweise bis 2025 auf 120 Mio. erhöht (jeweils +10 Mio €).			
---	--	--	--	--

Wahlprüfstein 2: Flächendeckende Bibliotheksversorgung

Fragen:

- Inwieweit wird sich Ihre Partei einsetzen, um durch die Neuerrichtung oder den Ausbau von Bibliotheken Versorgungslücken zu schließen und allen Bürger*innen gleichwertige Bildungschancen und Lebensverhältnisse zu ermöglichen?
- Welche landespolitischen Maßnahmen schlagen Sie dafür vor?

Grüne	CDU	SPD*	FDP	AfD
Hinweis auf das Impulsprogramm „FreiRäume“, um neue Nutzungsmöglichkeiten zu eröffnen. Hinweis auf das gemeinsame Strategiepapier: „Auf dieser Grundlage wollen wir im Anschluss notwendige Maßnahmen ergreifen“.	Verweis auf bestehenden kommunalen Finanzausgleich, womit auch das Schließen von Lücken abgedeckt ist. Verstärkter Einsatz digitaler Angebote zur Schließung von Versorgungslücken wird angeregt.	Gemeinsam mit den verschiedenen Trägern ist es sinnvoll ein gutes Konzept und eine tragfähige Finanzierung zu finden. „In diesem Kontext wird auch über ein Bibliotheksgesetz zu reden sein, wie es das in anderen Bundesländern auch schon gibt.“	Hinweis auf kommunalpolitische Autonomie. Haushaltskonsolidierung darf keinesfalls zulasten der Bibliotheken oder zulasten von Kunst und Kultur gehen. Bibliotheken sollen bei den geplanten Kulturjahren 2021 und 2022 bei Kooperation mit anderen Kultur- und Bildungseinrichtungen eingebunden und gefördert werden.	Moderne Ausstattung und Ausbau von Bibliotheken als wichtiges und erstrebenswertes Ziel kommunalen Handelns benannt. Auch in ländlichen Gebieten, hier sollen ggfs als Fahrbibliotheken auch abgelegene Teilorte mit Bildung, Unterhaltung und Information versorgt werden. Hinweis auf kommunalpolitische Autonomie und Appell an die Kommunen, die Bibliotheken stärker im Haushalt zu berücksichtigen.

Wahlprüfstein 3: Gestaltung des digitalen Wandels in Forschung und Lehre

Frage:

Inwieweit unterstützt Ihre Partei die Gestaltung des digitalen Wandels durch die wissenschaftlichen Bibliotheken mit der dauerhaften Finanzierung kooperativer Unternehmungen und der Verstetigung von einschlägigen Förderprogrammen?

<u>Grüne</u>	<u>CDU</u>	<u>SPD*</u>	<u>FDP</u>	<u>AfD</u>
<p>Hinweis auf die „Landesstrategie für digitale Lehre“. Darüber hinaus sollen zusätzliche Impulse gesetzt werden, um die WBs bei der digitalen Transformation umfassend zu unterstützen.</p> <p>Verweis auf die Projekte „Neues gemeinsames Bibliotheksmanagementsystem – bwNGB“ sowie das Förderprogramm „BW-BigDIWA“ sowie auf die Unterstützung vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie (Ausbau digitaler Medien). Weitere Aussage: „Entsprechend müssen die Hochschulbibliotheken die Digitalisierung weiter massiv vorantreiben und die Lizenzierung von E-Medien umfangreich ausweiten. Wir werden die Bibliotheken weiterhin dabei unterstützen, diese Herausforderungen zu bewältigen.“</p>	<p>Vorhaben einer Digitalisierungspauschale (40 Mio.€/Jahr) für die Hochschulen, die auch für die Wissenschaftlichen Bibliotheken verwendet werden können. Auszahlung entsprechend der Studierendenzahlen an den einzelnen Hochschulen.</p>	<p>Unterstützung konkreter Projekte, wie das landesweite Bibliotheksinformationssystem für alle staatlichen wissenschaftlichen Bibliotheken, das sich gerade im Aufbau befindet. Hier bieten sich sicherlich auch Möglichkeiten des Anschlusses weiterer Bibliotheken in anderer Trägerschaft.</p>	<p>Gestaltung des digitalen Wandels bei den wissenschaftlichen Bibliotheken. Zum Beispiel: rechtlich verlässliche Nutzung und Publikation der Ergebnisse von Forschung und Lehre, Schaffung eines Fair-Use für Hochschulen, Unterstützung von Open Access. Generell: Investitionen in digitale Infrastruktur, digitale Innovationen und digitale Verwaltungen, wovon auch „kooperative Unternehmungen der WBs profitieren werden“.</p>	<p>„Die Gestaltung der wissenschaftlichen Bibliotheken zu Kompetenzzentren des digitalen Wandels ist eine wichtige Aufgabe der Zukunft. Bibliotheken müssen deshalb adäquat mit Finanzmitteln ausgestattet werden. Diese sollten jedoch auf konkrete Aufgaben bezogen sein und deren Notwendigkeit regelmäßig überprüft werden.“</p>

Wahlprüfstein 4: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die öffentlichen Bibliotheken

Frage:

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit öffentliche Bibliotheken zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen angemessen reagieren können?

<u>Grüne</u>	<u>CDU</u>	<u>SPD*</u>	<u>FDP</u>	<u>AfD</u>
<p>Einsatz dafür, dass Bibliotheken als wichtige Orte der kulturellen Bildung geöffnet bleiben (abhängig von Infektionslage). Hinweis auf Förderprogramme (Kultur Sommer 2020, Kunst trotz Abstand). Erklärtes künftiges Ziel: „Wir werden bei allen beschlossenen Maßnahmen darauf achten, dass Kultur- und Bildungseinrichtungen bei den Öffnungsszenarien an vorderster Stelle mitgedacht werden.“</p>	<p>Das Förderprogramm des Bundes „Neustart Kultur“/WissensWandel sowie andere Förderprogramme tragen zur Digitalisierung sowie insgesamt zur Förderung (z.B. von Veranstaltungen) in den Bibliotheken bei. Die Fachstellen sind durch ihre Beratungs- und Betreuungsangebote insbesondere für die kleineren Gemeindebibliotheken eine wichtige Stütze bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bzw. der Pandemie.</p>	<p>Keine konkrete Aussage. Nur Hinweis auf die große und wichtige Leistung aller Bibliotheken während der Pandemie und besondere Hervorhebung der Universitätsbibliotheken, die zum Gelingen der weitestgehend digital verlaufenen Semester beigetragen haben.</p>	<p>Gezielte Förderung von kulturellen Angeboten in den Jahren 2021 und 2022.</p>	<p>„Die AfD hat sich sehr früh für eine Beendigung des Lock-down und zu einer Rückkehr zum regulären Betrieb in möglichst vielen Bereichen des Lebens ausgesprochen. Gerade in den Bibliotheken ist die Ansteckungsgefahr unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln beherrschbar.“</p>

Wahlprüfstein 5: Stärkung der die Bibliotheken begleitenden Strukturen

Fragen:

- Inwiefern wird sich Ihre Partei für die Stärkung der Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen einsetzen?
- Wie steht Ihre Partei zur Ausstattung des baden-württembergischen Bibliotheksverbandes mit hauptamtlichen Strukturen nach dem Auslaufen der erstmaligen Zuwendung? Welche Finanzierungswege sehen Sie hier?

Grüne	CDU	SPD*	FDP	AfD
<p>Fachstellen werden als verlässliche Stütze, vor allem der kleineren Büchereien im ländlichen Raum gesehen. Bedeutung der Fachstellen für weitere Themen (Information und Unterstützung bei Förderprogramme, Hinweis auf Programm „Lebenslanges Lernen“/Innovationsfonds Kunst 2020 Herausforderungen der Pandemie, ...). Zusage der Prüfung weiterer Fördermöglichkeiten. Fördermöglichkeiten für die Fachstellen.</p>	<p>Teilfrage 1: Einsatz für eine angemessene Ausstattung der Fachstellen, damit bei Beratung und Unterstützung eine hohe Qualität gewährleistet werden kann.</p> <p>Teilfrage 2: Verweis auf die einmalige Zuwendung von 100.000 € in den Jahren 2020 und 2021 für den dbv Landesverband verbunden mit dem Auftrag der Erstellung eines Bibliotheksentwicklungsplanes. Entscheidung über eine weitere Fortsetzung der Förderung des dbv „vor dem Hintergrund der jeweiligen Aufgabenstellung“.</p>	<p>Zitat: „Die Verstärkung einer erstmaligen finanziellen Ausstattung ist eine immer mitgedachte Option, die der Planbarkeit dient, was im Kulturbereich von der SPD generell begrüßt wird. Inwieweit hierbei der Volkshochschul- oder Musikschulverband als Referenz herangezogen werden kann, sei dahingestellt. Auch hier gibt es zu beachtende Unterschiede. Es wäre aber zu begrüßen, wenn die Akteure der kulturellen Bildung verstärkt als geschlossene Vertretung gegenüber der Landesregierung auftreten würden und nicht der Eindruck erweckt würde, es handele sich hier um Konkurrenz.“</p>	<p>Zusage, Fachstellen und dbv weiterhin unterstützen zu wollen bei ihrer Vernetzungs- und Mittlerfunktion. Bedarfsorientierte Stillung bei verstärkter Nachfrage von Beratungs- und Vernetzungsleistungen der Fachstellen, z.B. bei Intensivierung der Zusammenarbeit mit Schulen oder Kultureinrichtungen. Reduzierung des Bürokratieaufwands bei der Kulturförderung.</p>	<p>AfD begrüßt den Ausbau einer Unterstützungs- und Beratungsstruktur. Jedoch: Hinweis, „dass es im Angesicht der Corona-Krise momentan nicht möglich ist, eine zuverlässige Aussage über dessen Folgen für das Bibliothekswesen oder für die Gesellschaft im Ganzen zu treffen. Sofern die notwendigen Mittel im Haushalt vorhanden sind, sollte man die Bedarfe der Bibliotheken berücksichtigen.“</p>

Wahlprüfstein 6: Bibliotheken in Baden-Württemberg brauchen mehr rechtliche Absicherung

Frage: Wie steht Ihre Partei zu einem Bibliotheksgesetz für Baden-Württemberg?

Grüne	CDU	SPD*	FDP	AfD
Zusage der Prüfung, ob ein Bibliotheksgesetz sinnvoll ist oder ob „entsprechende Regelungen in ein leitgebendes Thema integriert werden können“. Ziel der nächsten Legislaturperiode.	Ein Bibliotheksgesetz könnte beitragen, den Stellenwert der Bibliotheken im Land insgesamt zu erhöhen. Das Gesetz darf aber den Kommunen nicht die Verantwortung für die öffentlichen Bibliotheken vor Ort aus der Hand nehmen. Daher ist der Dialog mit den Kommunen unerlässlich.	<p>Generelle Aussage: „Wichtig ist uns, dass die Bibliotheken auskömmlich versorgt sind, um Ihren vielgestaltigen Beitrag, der Bildung, Weiterbildung, kulturelle Bildung abdeckt, die aber auch als Begegnungsort in den Kommunen fungieren, ausfüllen können.“</p> <p>[...] „In diesem Kontext wird auch über ein Bibliotheksgesetz zu reden sein, wie es das in anderen Bundesländern auch schon gibt.“</p>	Ein Bibliotheksgesetz bringt keine Garantie für eine leistungsfähige, bestandssichere, moderne Bibliothekslandschaft in BW. Gesetzgeberischer Impuls nur nach eingehenden und umfassenden Austausch mit Kommunen, kommunalen Spitzenverbänden und Bibliotheksverbänden. FDP sieht Problem des Konnexitätsprinzips.	Ein Bibliotheksgesetz ist nicht die Lösung für die angesprochenen Probleme. Ein Bibliotheksgesetz schränkt die Träger der Einrichtung in ihrem Handlungsspielraum ein und läuft dem Gebot der Subsidiarität zuwider.